

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### CO2-Grenzausgleich

Übergangsphase am  
1. Oktober gestartet

>> 3

### Umweltschutz

Neue Regeln für den Verkauf  
von Mikroplastik

>> 5

### Mit EU-Hilfe

Salzgitter stellt Produktion  
auf „grünen Stahl“ um

>> 6

## ■ ERNENNUNG

### Wopke Hoekstra wird neuer EU-Klimakommissar

Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten haben der Ernennung des früheren niederländischen Außen- und Finanzministers Wopke Hoekstra zum neuen EU-Klimakommissar zugestimmt. Zu Hoekstras Aufgaben zählen unter anderem die Entwicklung eines Klimaziels für 2040 und die Verabschiedung der verbleibenden Klimadossiers. Er folgt auf den ehemaligen Exekutiv-Vizepräsidenten der EU-Kommission Frans Timmermans, der in die niederländische Politik gewechselt ist. Neuer Beauftragter für den europäischen Grünen Deal ist der Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission Maroš Šefčovič. Er betonte bei der Anhörung im Europäischen Parlament, der Grüne Deal „ist unsere Wachstumsagenda, der Beweis, dass Modernisierung und Dekarbonisierung Hand in Hand gehen können“.

Kommissarskollegium

Um ihre Unterstützung für Israel zu demonstrieren, hat die EU-Kommission das Berlaymont-Gebäude mit der israelischen Flagge illuminiert.



© European Union, 2023

## ■ TERRORANGRIFF

### Von der Leyen sichert Israel volle Unterstützung zu

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den Überfall der palästinensischen Terrorgruppe Hamas auf Israel auf das Schärfste verurteilt. Die Präsidentin sprach von Terrorismus in seiner verabscheuungswürdigsten Form. In einer Erklärung zu einer Schweigeminute des Kommissarskollegiums für die Opfer des Terrorangriffs sicherte von der Leyen Israel die uneingeschränkte Unterstützung der EU zu. An der Gedenkveranstaltung in Brüssel nahm auch Israels Botschafter bei der EU, Haim Regev, teil.

In einer gemeinsamen Erklärung betonte die EU das Recht Israels, sich im Einklang mit dem Völkerrecht gegen solche gewalttätigen und wahllosen Attacken zur Wehr zu setzen. „Dies war der schlimmste Angriff auf Israel seit der Staatsgründung“, sagte die Präsidentin und betonte: „Israel hat das Recht zur Selbstverteidigung.“

„Wir müssen diesen Schrecken klar beim Namen nennen. Es handelt sich um Terrorismus. Und es handelt sich um einen kriegerischen Akt“, sagte von der Leyen weiter. Die Hamas steht auf der Terrorliste der EU. Die Präsidentin kündigte eine Überprüfung

der EU-Hilfen für Palästina an. Zusätzlich zu bestehenden Kontrollmechanismen soll dadurch sichergestellt werden, dass keinerlei EU-Finanzierung es einer terroristischen Organisation indirekt ermöglicht, Anschläge auf Israel zu verüben. Von der Leyen betonte: „Die Hamas oder andere terroristische Organisationen wurden nie von der EU finanziell unterstützt und werden das auch in Zukunft nicht.“ Die EU-Kommission prüft zudem, ob europäische Hilfsprogramme für die palästinensische Bevölkerung und die Palästinensische Behörde angesichts der veränderten Sachlage vor Ort angepasst werden müssen.

>>

“  
*Europa steht Israel zur Seite. Europa steht hinter seinem Freund und Partner.*  
 Ursula von der Leyen,  
 EU-Kommissionspräsidentin

&gt;&gt;

Die humanitäre Hilfe der EU in Höhe von 27,9 Millionen Euro für das laufende Jahr für Güter wie Zelte und Decken für Notunterkünfte bleibt davon unberührt. „Unsere humanitäre Unterstützung für das palästinensische Volk wird nicht infrage gestellt“, erklärte von der Leyen.

Die EU gewährt Palästina im Rahmen ihrer *Nachbarschaftspolitik* Unterstützung, vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich. So unterstützt die EU den Aufbau der Verwaltung der Palästinensischen Behörde oder auch Krankentransporte nach Ostjerusalem. Darüber hinaus stellt die EU Mittel für das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) bereit. Derzeit stehen keine Auszahlungen von EU-Geldern an.

Von der Leyen warnte vor den Folgen des Hamas-Anschlags. „Die derzeitige Situation wird außerdem erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Region haben“, sagte die Präsidentin und fügte hinzu: „Wir müssen uns dafür einsetzen, dass sich die Lage nicht weiter destabilisiert, auch im Hinblick auf die laufende Annäherung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn.“

Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, rief im Namen der EU zu einer sofortigen Einstellung der sinnlosen Angriffe und Gewalt auf und bekräftigte die Solidarität der EU mit Israel.

Die Außenministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten kamen zu einer informellen Sondersitzung zusammen. Nach den Beratungen am Rande eines Treffens mit dem Golfkooperationsrat sprach Borrell von der scharfen Verurteilung des Terrors als gemeinsamem Nenner.

## ENGE BEZIEHUNGEN EU-ISRAEL

Die EU pflegt eine enge Partnerschaft mit Israel, die mit engen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie Forschungsk Kooperationen einhergeht. So ist seit dem Jahr 2000 das EU-Israel-Assoziationsabkommen in Kraft. Im Jahr 2005 vereinbarten beide Seiten im Rahmen der Nachbarschaftspolitik den *EU-Israel-Aktionsplan*. Er wurde im März 2022 um weitere drei Jahre verlängert. Zudem nehmen Forschungseinrichtungen aus Israel am europäischen Forschungsprogramm *Horizont Europa* teil, das Projekte der Spitzenforschung in Europa und seinen Partnerländern zwischen 2021 und 2027 mit insgesamt rund 100 Milliarden Euro vorantreibt. „Diese großartige Zusammenarbeit wird unsere Partnerschaft noch stärker machen“, sagte von der Leyen.

Die Präsidentin hatte im vergangenen Jahr bei einem Besuch in Israel das gute Verhältnis zwischen beiden Partnern gewürdigt und erklärt: „Die Beziehungen und Bindungen zwischen der Europäischen Union und Israel sind einzigartig, weil wir eine gemeinsame Geschichte haben und gemeinsame Werte teilen.“ In einer Rede an der Ben-Gurion-Universität fügte von der Leyen hinzu, das stärkste Band, das Europa und Israel verbinde, sei der gemeinsame „Glaube an die Demokratie und an die demokratischen Werte“.

### Erklärung



Mit einer Schweigeminute gedenken die Präsidentin des EU-Parlaments, Roberta Metsola, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der EVP-Vorsitzende Manfred Weber und der Botschafter Israels bei der EU, Haim Regev, der Opfer des Terrorangriffs.  
 © European Union, 2023

## EU-Israel

### Die Partnerschaft in Zahlen

# 1959

nehmen die EU und Israel diplomatische Beziehungen auf.

# 2000

tritt das EU-Israel-Assoziationsabkommen in Kraft. Es sieht regelmäßige Konsultationen vor. Zuletzt tagte der Assoziationsrat 2022.

# 46,8

Milliarden Euro beträgt der Warenhandel zwischen Israel und der EU (2022). Damit ist die EU Israels wichtigster Handelspartner.

# 31,9

Prozent der israelischen Importe stammen aus der EU, 25,6 Prozent der israelischen Ausfuhren gehen nach Europa.

## ■ GRENZAUSGLEICH FÜR KLIMAINTENSIVE WAREN

# Übergangsphase zum CBAM am 1. Oktober gestartet

Seit 1. Oktober wird die Einfuhr klimaintensiver Waren wie Stahl, Aluminium und Dünger in die EU durch das CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem erfasst: Fachleute sprechen von Carbon Border Adjustment Mechanism – kurz **CBAM**, einem Ausgleich der CO<sub>2</sub>-Kosten zwischen heimischen und importierten Waren.

So wird sichergestellt, dass Maßnahmen zum Schutz des Klimas den Wettbewerb auf dem Europäischen Binnenmarkt nicht verzerren oder Unternehmen Umweltstandards durch Verlagerung der Produktion umgehen. In der Übergangsphase gilt das CBAM nur für Einfuhren von Zement, Eisen, Stahl, Aluminium, Düngemitteln, Strom und Wasserstoff. EU-Importeure dieser Waren müssen den Umfang ihrer Einfuhren und die bei der Herstellung anfallenden grauen Treibhausgasemissionen melden, leisten in dieser Phase aber noch keine finanziellen Anpassungen. Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den Handel, erklärte: „Die EU wird mit gutem Beispiel vorangehen und die Industrie weltweit dazu anhal-

ten, grünere und nachhaltigere Technologien einzuführen.“ Die EU-Kommission hatte den Grenzausgleich 2021 auf den Weg gebracht, um faire Wettbewerbsbedingungen für Europas Unternehmen zu schaffen.

Das CBAM ist mit den WTO-Regeln vereinbar und motiviert die Industrie weltweit, grünere und nachhaltigere Technologien einzuführen.

[CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich](#)



© European Union, 2023

## ■ SPITZENFORSCHUNG

# EU würdigt Nobelpreise für Forschende in Mainz und Garching

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat Katalin Karikó und Drew Weissman zur Auszeichnung mit dem diesjährigen Nobelpreis für Medizin gratuliert. Von der Leyen erklärte, die Arbeit der beiden habe den Weg für mRNA-Impfstoffe geebnet. Das von Karikó und Weissman entwickelte neue Verfahren zur Entwicklung von Vakzinen, machte auch die schnelle Herstellung von Corona-Impfstoffen möglich. Die aus Ungarn stammende Karikó arbeitete für den Impfstoff-Hersteller BioNTech in Mainz und ist heute Beraterin des Unternehmens. Firmengründer Ugur

Sahin trieb seine wissenschaftliche Karriere mit einem *Forschungsstipendium* des Europäischen Forschungsrats (ERC) voran. Auch die diesjährigen Physik-Nobelpreisträger Anne L'Huillier und Ferenc Krausz wurden mit einem ERC-Grant gefördert. L'Huillier forscht im schwedischen Lund, der ungarisch-österreichische Wissenschaftler Krausz ist Direktor des Max-Planck-Instituts für Quantenoptik in Garching.

[Auszeichnung](#)

## ■ HANDEL

# Kommission untersucht Subventionen für E-Autos aus China

Die EU-Kommission hat eine offizielle Wettbewerbsuntersuchung wegen möglicherweise unlauteren Subventionen für E-Autos aus China eingeleitet. Zunächst wird dabei geprüft, ob Hersteller für batteriebetriebene E-Autos in China von unlauteren Subventionen profitieren und ob diese europäischen Autobauern schaden. Auf Basis der Ergebnisse wird die Kommission feststellen, mögliche unlautere Handelspraktiken durch Antisubventionszölle auf die Einfuhren von E-Autos aus China auszugleichen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte

eine entsprechende Untersuchung im September in ihrer Rede zur Lage der Union angekündigt. Sie erklärte, die EU werde entschlossen handeln, „wenn sich Hinweise auf Marktverzerrungen finden“. Die Untersuchung werde im Einklang mit den Regeln der Welthandelsorganisation WTO durchgeführt. Im Jahr 2021 stammten laut *Eurostat* 43 Prozent der in die EU importierten batteriebetriebenen E-Autos aus China.

[Untersuchung](#)

## ■ GESUNDHEIT

# Strengere Grenzwerte für Nitrate und Nitrite in Lebensmitteln

Die EU-Kommission setzt auf strengere Grenzwerte für Nitrate und Nitrite als Lebensmittel-Zusatzstoffe. EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides erklärte: „Mit der Festlegung neuer Grenzwerte für Nitrite und Nitrate in Lebensmitteln gehen wir einen weiteren Schritt in diese Richtung und setzen eine weitere wichtige Maßnahme im Rahmen des europäischen Plans zur Krebsbekämpfung um.“ Die neuen, stark reduzierten Grenzwerte schützen vor pathogenen Bakterien wie Listerien, Salmonellen, Clostridien und reduzieren die Belastung durch Nitrosamine, von denen einige krebserregend sind. Nitrosamine finden sich unter anderem in

gepökeltem Fleisch und Bier. Die EU-Kommission stützt sich in ihrem Vorgehen auf Studien der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Diese hatte festgestellt: „Die Exposition der Verbraucher gegenüber Nitrosaminen – Verbindungen, die sich bei der Lebensmittelzubereitung und -verarbeitung bilden können – gibt Anlass zu gesundheitlichen Bedenken.“ Die Mitgliedstaaten unterstützen die neuen Grenzwerte, die innerhalb der kommenden zwei Jahre umgesetzt werden müssen.

[Kampf gegen Krebs](#)

## EU legt Prioritäten für die Zukunft fest

Die EU stellt die Weichen für die Zukunft. Auf einem informellen Treffen im spanischen Granada verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten eine Erklärung zu den Prioritäten der künftigen Politik wie etwa strategische Autonomie und Energiesicherheit. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach von „einem sichereren und wettbewerbsfähigeren Europa mit besseren Verteidigungsfähigkeiten, mehr Energieunabhängigkeit und einer robusten Wirtschaft“.



### EU-Kommission lobt Einigung zu Krisenmechanismus

Die EU-Kommission würdigt die Einigung der Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Position zur Bewältigung von Krisensituationen. Die Regelung sieht vor, Krisen im Bereich Asyl und Migration solidarisch zu bewältigen, etwa durch vermehrte Asylverfahren an den Außengrenzen. Von einem „echten Durchbruch“ sprach EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Die Einigung ist Teil des *Asyl- und Migrationspakets*, das die EU-Kommission 2020 vorgelegt hatte. Nun stehen die abschließenden Beratungen der Mitgliedstaaten mit dem Europäischen Parlament an. Von der Leyen sprach sich für Vereinbarungen mit Herkunfts- und Transitländern, schnellere Rückführungen abgelehnter Asylbewerberinnen und -bewerber, humanitäre Korridore und legale Wege zur Migration aus, etwa durch Fachkräftepartnerschaften.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte in Granada: „Europa hat entschlossen auf ein sich rasch wandelndes geopolitisches und wirtschaftliches Umfeld reagiert.“

© European Union 2023

Die EU reagiert mit den Maßnahmen auf die Herausforderungen in einer veränderten Welt von Unterbrechungen der Lieferketten während der Pandemie bis zu den strategischen und ökonomischen Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine.

Unmittelbar nach Russlands Angriffskrieg hatten die Staats- und Regierungschefs im März 2022 in der *Erklärung von Versailles* eine stärkere strategische Autonomie der EU vereinbart. Zum Treffen in Granada legte die Kommission die *Zwischenbilanz* „Auf dem Weg zu einem resilienteren, wettbewerbsfähigeren und nachhaltigeren Europa“ vor.

Als vorrangige Aufgaben hob von der Leyen unter anderem hervor:

**Energiesouveränität:** Nach dem russischen Angriffskrieg fuhr die EU die Energieabhängigkeit von Russland zurück, so sank der Anteil von russischem Pipeline-Gas an den Energieimporten von mehr als 50 Prozent im Jahr 2021 auf jetzt 6 Prozent. Zudem gab die EU mit dem Programm REPowerEU das Ziel aus, den Anteil erneuerbarer Energien wie Wind, Wasser und Solar bis 2030 auf 42,5 Prozent auszubauen. Eine entsprechende Regelung im Klimaschutzpaket „Fit für 55“ wurde nach dem Europäischen Parlament nun auch von den Mitgliedstaaten gebilligt.

**Wirtschaftliche Sicherheit:** Die Pandemie belegte die Anfälligkeit internationaler Lieferketten, zugleich erfordert der Umbau zu grünen Technologien den sicheren Zugang zu kritischen Rohstoffen wie Lithium. Auf Initiative der EU-Kommission brachte die EU verschiedene Vorhaben voran. Das europäische *Chip-Gesetz* sieht vor, den europäischen Anteil an der Halbleiterfertigung bis 2030 auf

20 Prozent zu verdoppeln. Das *Gesetz über kritische Rohstoffe* sichert die Versorgung Europas mit wichtigen Metallen von Antimon bis Wismut, so sollen bis 2030 10 Prozent der kritischen Rohstoffe in der EU gefördert werden. „Hier haben wir ebenfalls geliefert“, stellte von der Leyen fest.

Um Europas wirtschaftliche und strategische Unabhängigkeit zu sichern, legten EU-Kommission und der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, zudem die *Gemeinsame Mitteilung über eine europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit* vor. Das Ziel: In den vier Schlüsselbereichen Halbleiter, Künstliche Intelligenz (KI) sowie Quanten- und Biotechnik den Zugang zu Technologie zu sichern und den möglichen Abfluss sensibler Forschungsergebnisse zu unterbinden. Eine Risikoanalyse in den vier Bereichen soll bis zum Jahresende Ergebnisse für das weitere Vorgehen liefern.

**EU-Erweiterung:** Die Präsidentin hatte bereits im September in ihrer Rede zur Lage der Union ein Bild der EU 30+ von mehr als dreißig Mitgliedstaaten entworfen. Im November wird die EU-Kommission ihren nächsten Fortschrittsbericht zur Erweiterung vorlegen. Auf dieser Grundlage können die EU-Länder über das weitere Vorgehen entscheiden. Von der Leyen erklärte: „Der Prozess des Beitritts zur Europäischen Union ist leistungsbezogen“. Sie fügte hinzu: „Es ist jedoch nicht nur Sache der Kandidatenländer, an diesem leistungsorientierten Prozess zu arbeiten.“ (pr)

*Europäische Perspektiven*

# Neue EU-Regelung verhindert Umwelt-Belastung durch Mikroplastik

Die EU begrenzt die Umweltverschmutzung durch Mikroplastik. Durch neue Regeln wird in Zukunft der Verkauf von Mikroplastik untersagt, ebenso von Produkten, denen Mikroplastik zugesetzt wurde und die dieses bei der Verwendung freisetzen. Gängige Produkte sind etwa Kosmetika, Detergenzien und Füllmaterial für Kunstrasenplätze. Produkte, die an Industriestandorten genutzt werden oder bei der Verwendung kein Mikroplastik freisetzen, sind vom Verkaufsverbot ausgenommen. In den meisten Fällen gilt das Verkaufsverbot erst nach einer Übergangsfrist, um allen betroffenen Akteuren Zeit zu geben, sich an die neuen Regeln anzupassen und geeignete Alternativen zu finden.

Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius sagte: „Mikroplastik findet sich in den Meeren, in Flüssen und an Land sowie in Lebensmitteln und Trinkwasser. Die Beschränkung betrifft sehr kleine Partikel, sie ist aber ein großer Schritt zur Verringerung der vom Menschen verursachten Umweltverschmutzung.“

Die EU-Kommission greift mit ihrem Vorschlag, den Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament mittragen, Erkenntnisse der

Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) auf. Die neue Regelung greift für alle synthetischen Polymerpartikel mit einem Durchmesser von weniger als fünf Millimetern, die in der Umwelt schwer abbaubar sind. Ziel ist es, die Emissionen

von bewusst verwendeten Mikroplastik aus möglichst vielen Produkten zu verringern.

So *gilt* unter anderem:

**Sportflächen:** Das Granulat, das auf Kunstrasenplätzen verwendet wird, ist die größte Quelle der Freisetzung von gezielt zugesetztem Mikroplastik in die Umwelt. Das Verbot gilt nach acht Jahren, um Eigentümern und Betreibern von Sportplätzen die Zeit zu geben, auf Alternativen umzustellen.

**Kosmetika:** Mikroplastik wird in Kosmetika für vielfältige Zwecke genutzt, etwa in Gesichtsmasken oder um eine bestimmte Textur, einen Duftstoff oder eine spezielle Farbe zu erreichen. Für Kosmetika mit bestimmten Mikroperlen, die längere Zeit auf die Haut einwirken wie etwa Peeling-Cremes, greift das Verbot



Vom Verkaufsverbot betroffen ist auch loser Glitzer aus Kunststoff in dekorativer Kosmetik. © Shutterstock

ab Mitte Oktober. Für andere Kosmetika gilt eine Übergangszeit von vier bis zwölf Jahren.

**Chemische Produkte:** Mikroplastik wird einer Reihe von Waren gezielt beigemischt, darunter auch Haushalts- und Industriereinigern, Pflanzenschutzmitteln, Kunstdünger oder Farben. Um den Herstellern Zeit zu geben, alternative Lösungen zu entwickeln, gelten Übergangsfristen für die Beschränkungen, etwa fünf Jahre für Detergenzien oder acht Jahre für Düngemittel.

Nicht vom Verbot betroffen sind Waren, die die zugesetzten Mikroartikel nicht oder nur in minimalen Mengen freisetzen, wie Baumaterialien. Zudem Produkte, die an Industriestandorten Verwendung finden sowie Erzeugnisse, die bereits durch andere EU-Rechtsvorschriften geregelt sind, so zum Beispiel Arzneimittel, Lebens- und Futtermittel.

## NULL-SCHADSTOFF-ZIEL

Allein in Europa finden pro Jahr geschätzt rund 145.000 Tonnen Mikroplastik Verwendung. Die Kleinstpartikel können ausgewaschen werden und gelangen in Flüsse und Meere, dort reichern sie sich über Meerestiere in der Nahrungskette an und werden auf diesem Weg auch vom Menschen aufgenommen. Im Rahmen des europäischen Grünen Deals hatte die EU-Kommission 2021 auch einen *Null-Schadstoff-Aktionsplan* vorgelegt. Das Ziel: Bis 2050 soll die Umweltverschmutzung so weit verringert werden, dass die menschliche Gesundheit nicht mehr beeinträchtigt wird. Zwischenziel: Die Verschmutzung durch Mikroplastik bis 2030 um 30 Prozent zurückzufahren. (pr)

*Schutz der Umwelt*

## EU unterstützt in Salzgitter klimaschonende Stahl-Produktion

Grüner Umbau? Läuft in Salzgitter! Das ist im Gespräch mit Stefan Mecke vom Stahlhersteller Salzgitter AG leicht zu erkennen. Ein großes Plakat gibt einen Blick auf das gewaltige Stahlwerk in Niedersachsen frei, ein Turm ragt dreißig Meter in die Höhe. Mecke erklärt: „Das ist die weltweit erste flexibel betriebene Direktreduktionsanlage (DRAL) im Demonstrationsmaßstab.“



“  
*Der Besuch in Salzgitter war eine hervorragende Gelegenheit, den grünen Wandel aus erster Hand zu erleben.*  
 Kadri Simson,  
 EU-Energiekommissarin  
 ”

Energiekommissarin Kadri Simson besucht das von der EU-geförderte Projekt SALCOS in Salzgitter (mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, Mitte, und Salzgitter-Vorstandschef Gunnar Groebler.)

© European Union 2023

Stefan Mecke ist promovierter Ingenieur und arbeitet bei der Salzgitter AG mit an der „grünen“ Umstellung der Stahlproduktion. Statt wie bislang mit Kohle wird das Eisenerz künftig mit Wasserstoff hergestellt. Neben Eisen entsteht dabei nur Wasserdampf – statt wie bisher klimaschädliches Kohlendioxid. Bund und Land Niedersachsen fördern das Projekt zusammen mit einer Milliarde Euro, die Finanzmittel des Bundes in Höhe von zirka 700 Millionen Euro kommen teilweise aus dem Aufbau- und Resilienzplan, dem Kernstück des Aufbauinstruments NextGenerationEU.

Weitere rund 1,3 Milliarden Euro steuert die Salzgitter AG bei. EU-Energiekommissarin Kadri Simson sagt: „Hier ist das Symbol für den grünen Wandel, hier ist der Leuchtturm.“ Gunnar Groebler, Vorstandsvorsitzender der Salzgitter AG, ergänzt: „Unsere erheblichen Eigenmittel gepaart mit substanzieller öffentlicher Förderung ermöglichen es uns, als Pionier die industrielle Dekarbonisierung in Europa weiter voranzutreiben.“

### EUROPAS GRÜNE WACHSTUMSSTRATEGIE

Das Pilotprojekt in Salzgitter deckt sich mit dem europäischen Klimaziel. Mit dem europäischen Grünen Deal will die EU bis 2050 klimaneutral werden. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte in ihrer diesjährigen Rede zur Lage der Union: „Der europäische Grüne Deal ist unsere Wachstumsstrategie.“ So sind von den rund 800 Milliarden Euro aus dem Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU mindestens 37 Prozent für Klimamaßnahmen vorgesehen, etwa die Umstellung der Stahlerzeugung von Kohle auf grünen Wasserstoff. Kadri lobte vor Ort in Salzgitter: „Wasserstoff ist der Schlüssel zur vollständigen Dekarbonisierung unseres Energiesystems, neben Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und Elektrifizierung.“

12.10.2023 EU-NACHRICHTEN #16/2023

Rund 4,5 Millionen Tonnen Rohstahl werden in Salzgitter jährlich produziert. Noch mit Kohle, dies macht im Jahresverlauf 1 Prozent der gesamten deutschen Kohlendioxidbilanz aus. Das soll sich ändern: Schon 2026 wird in Salzgitter die erste Produktionsstufe auf grünen Stahl umgestellt – jährliche Kapazität: 1,9 Millionen Tonnen Stahl. Bis 2033 soll der grüne Umbau abgeschlossen sein. Mecke nennt schon mal das Ziel: „Durch das neue Verfahren werden wir technisch in der Lage sein, unseren Ausstoß an Kohlendioxid um 95 Prozent zu senken.“

### GRÜNER WASSERSTOFF STATT KOHLE

SALCOS heißt das neue klimaschonende Verfahren – das steht für Salzgitter Low CO<sub>2</sub> Steelmaking. Frei übersetzt: Stahlherstellung mit geringem Kohlendioxidausstoß. An Demonstrationsanlagen in Salzgitter lässt sich bereits sehen, wie die neue klimafreundliche Prozessroute funktioniert.

Bisher wurde in den Hochöfen Koks Kohle genutzt, um Roheisen zu gewinnen, dabei entsteht das Klimagas Kohlendioxid. Bei der Salzgitter AG setzen sie künftig auf grünen Wasserstoff. Das Nebenprodukt: harmloser Wasserdampf. Von Baustahl, über Bleche für die Autoindustrie und Stahlrohre für Gasleitungen bis hin zum Gehäuse von Waschmaschinen – überall wird Stahl aus Salzgitter verarbeitet. Dabei nützt das neue Verfahren nicht nur dem Klima. Rund 6.000 Menschen sind am Standort Salzgitter allein in der Produktion und Weiterverarbeitung von Stahl beschäftigt. Mecke betont: „Das neue Verfahren SALCOS ist auch ein Programm zur Weiterentwicklung des Stahlstandortes Salzgitter.“ Grüne Technologien sichern die Zukunft. Auch in der Industrie. (pr)

[Dekarbonisierung](#)

## Europa in Zahlen

# 700

Millionen ungenutzte Mobiltelefone sind in Europa in Umlauf, davon *geschätzt* rund 200 Millionen in Deutschland. Die Europäische Kommission unterstützt die EU-Staaten dabei, die Rückgabequoten von gebrauchten Mobiltelefonen, Tablets, Laptops und deren Ladegeräten zu verbessern und die darin enthaltenen Wertstoffe wie Lithium, Kobalt, Silber und Gold wiederzuverwenden. EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius sagte: „Wir können es klarer und einfacher machen, solche Produkte zurückzugeben, zu reparieren und zu recyceln.“ So empfiehlt die EU-Kommission etwa Gutscheine, Rabatte oder Pfandsysteme, um die Rückgabequote zu erhöhen, ein engeres Netz von Sammelstellen oder vorfrankierte Umschläge, um die Geräte nach ihrem Gebrauch an die Hersteller zurückzusenden.

Die EU-Kommission hatte 2020 einen *Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft* vorgelegt, um die Wiederverwendung eingesetzter Rohstoffe zu fördern. Zudem schlug die Kommission im März 2023 ein *Recht auf Reparatur* bestimmter Waren vor, um Ressourcen zu schonen und Abfall zu vermeiden.

### Rückgabe

## Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 13.10.2023 10.30–12.00 Uhr	„Transformation made in Europe – Wie wird die europäische Industrie zukunftsfähig, nachhaltig und klimaneutral?“ Panel-Diskussion  <b>Veranstalter:</b> Europäische Kommission	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	<a href="https://germany.representation.ec.europa.eu/events/transformation-made-europe-wie-wird-die-europaische-industrie-zukunftsfahig-nachhaltig-und-2023-10-13_de">https://germany.representation.ec.europa.eu/events/transformation-made-europe-wie-wird-die-europaische-industrie-zukunftsfahig-nachhaltig-und-2023-10-13_de</a>
> 13.10.2023 16.00–18.00 Uhr	„Verleihung des Europäischen Bürgerpreises 2023 in Deutschland an ‚NOTHILFE UKRAINE‘“ Mit anschließender Panel-Diskussion  <b>Veranstalter:</b> Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	<a href="https://berlin.europarl.europa.eu/home/pagecontent/grid-3/main/events/2023-10-citizens-prize-berlin.html">https://berlin.europarl.europa.eu/home/pagecontent/grid-3/main/events/2023-10-citizens-prize-berlin.html</a>
> 14.10.2023 09.00–17.00 Uhr	„Tag der offenen Tür am Joint Research Centre im Rahmen der Feierlichkeiten zum 60. Gründungsjubiläum“ Informationsveranstaltung  <b>Veranstalter:</b> Joint Research Centre (JRC) der Europäischen Kommission	JRC Karlsruhe Hermann-von-Helmholtz-Platz 1 76344, Eggenstein-Leopoldshafen	<a href="https://joint-research-centre.ec.europa.eu/events/jrc-karlsruhe-open-day-2023-10-14_de">https://joint-research-centre.ec.europa.eu/events/jrc-karlsruhe-open-day-2023-10-14_de</a>
> 18.10.2023 18.00–21.00 Uhr	„Die große Transformation. Europäische Gesellschaft(en) im Umbruch?“ 32. Europäischer Abend  <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Deutschland e.V., dbb beamtenbund und tarifunion,	dbb forum Berlin Friedrichstraße 169 10117 Berlin	<a href="http://www.europa-union.de/aktivitaeten/veranstaltungen/europaeischer-abend-18102023">www.europa-union.de/aktivitaeten/veranstaltungen/europaeischer-abend-18102023</a>
> 23.10.2023 15.00–17.00 Uhr	„Relaunch, Reform, Reimagine Europe“ Humboldt-Reden zu Europa; mit Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments  <b>Veranstalter:</b> Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht	Humboldt-Universität zu Berlin Luisenstraße 56 10115 Berlin	<a href="https://www.eventbrite.de/ehre-prasenztickets-robortametsola-ep-prasidentin-tickets-">https://www.eventbrite.de/ehre-prasenztickets-robortametsola-ep-prasidentin-tickets-</a>
> 24.10.2023 11.30–15.00 Uhr	„Abschlussveranstaltung REACT-EU“ Informationsveranstaltung  <b>Veranstalter:</b> Europäischer Sozialfonds Plus in Bayern	Jahn-Stadion Franz-Josef-Strauß Allee 22 93053 Regensburg	<a href="http://www.esf.bayern.de/anmeldung/">www.esf.bayern.de/anmeldung/</a>

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<<](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

**Herausgeber:**

**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Jörg Wojahn  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24  
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## ■ DISCOVEREU

### Gratis mit dem Zug Europa entdecken

In der aktuellen Bewerbungsrunde von DiscoverEU stehen europaweit 36.318 kostenlose Zug-Reisetickets zur Verfügung, davon sind 6.241 für junge Menschen aus Deutschland reserviert. Wer 18 Jahre alt ist und sich erfolgreich beworben hat, kann ab März 2024 für 30 Tage durch Europa reisen. Wann man fährt, bestimmt man selbst: Bis Ende Mai 2025 können die Tickets genutzt werden.

DiscoverEU ist Teil des EU-Programms Erasmus+. Seit 2018 haben bereits über 240.000 junge Menschen die Möglichkeit genutzt, mit dem Zug durch Europa zu reisen, neue Städte und Landschaften kennenzulernen und neue Freundschaften zu schließen. Die Bewerbungen können bis Mittwoch, den 18. Oktober 2023, 12:00 Uhr mittags, online eingereicht werden.

[DiscoverEU](#)



© Shutterstock

## ■ WÄHLEN AB 16

### Plakatwettbewerb zur Europawahl 2024

Am 9. Juni 2024 dürfen alle Deutschen sowie EU-Staatsbürgerinnen und -bürger, die in Deutschland ihren Wohnsitz haben, ab 16 Jahren wählen. Die Vertretung der Europäischen Kommission und das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland organisieren dazu eine Plakatkampagne. Teilnehmen können Studierende an Designhochschulen in Deutschland. Ab dem 1. November können Beiträge eingereicht werden. Einsendeschluss ist der 15. Januar 2024. Ziel ist es, über die Europawahl zu informieren und Erstwählende zu motivieren, wählen zu gehen.

Eine Jury wird im Februar 2024 aus allen Beiträgen die Gewinnerinnen und Gewinner des Plakatwettbewerbs auswählen. Die prämierten Beiträge werden deutschlandweit auf Werbeflächen an Bahnhöfen und in Zügen der Deutschen Bahn, in Schulen und Universitäten und im Europäischen Haus sowie in den sozialen Medien gezeigt. Die Preisverleihung und Präsentation der Beiträge, zu der alle Preisträgerinnen und Preisträger nach Berlin eingeladen werden, findet im April 2024 statt.

[Plakatwettbewerb](#)

## ■ NEUES EUROPÄISCHES BAUHAUS

### Bewerbungsphase für die Preise 2024

Ab sofort nimmt die EU-Kommission Bewerbungen für die Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus 2024 entgegen. Im Rahmen des Wettbewerbs werden beispielhafte Initiativen ausgezeichnet, die Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusivität – die drei zentralen Werte des Neuen Europäischen Bauhauses – miteinander verknüpfen. Mit den Preisen 2024 werden bestehende Projekte sowie von jungen Talenten entwickelte Konzepte in vier Kategorien prämiert: Rückbesinnung auf die Natur, Wiedererlangung des Zugehörigkeitsgefühls, Vorrang für Orte und Menschen, die am meisten Unterstützung benötigen, sowie die Gestaltung eines kreislauforientierten industriellen Ökosystems. Erstmals können zusätzlich zu den EU-Mitgliedstaaten und dem Westbalkan auch Projekte und Konzepte zum Wiederaufbau in der Ukraine eingereicht werden.

Insgesamt 20 Preisträger werden von einer Jury und in einer öffentlichen Online-Abstimmung ausgewählt. Bewerbungen können bis zum 10. November 2023 eingereicht werden.

[Europäisches Bauhaus Preise 2024](#)

## ■ EUROSCOLA 2023/24

### Für einen Tag Mitglied des Europäischen Parlaments sein

Für einen Tag Mitglied des Europäischen Parlaments sein und erleben, wie parlamentarische Demokratie in der EU funktioniert – das Programm Euroscola des Europäischen Parlaments macht's möglich. Schülerinnen und Schüler ab 14 Jahren aus allen EU-Mitgliedstaaten, Bewerberländern und weiteren Ländern kommen im Europäischen Parlament in Straßburg für eine Simulation einer Parlamentsdebatte zusammen. Die Veranstaltungen finden bis auf weiteres im hybriden Format statt, so dass eine Teilnahme vor Ort und online möglich ist.

2023 gibt es zwischen dem 30. Oktober und dem 15. Dezember noch acht Termine:

[Euroscola 2023/24](#)



© European Parliament